

P R E S S E D I E N S T

Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 17 – Verwaltungsstrukturreform

Dazu sagt der stellvertretende Vorsitzende
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,

Karl-Martin Hentschel:

**Fraktion im Landtag
Schleswig-Holstein**

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Durchwahl: 0431/988-1503

Zentrale: 0431/988-1500

Telefax: 0431/988-1501

Mobil: 0172/541 83 53

E-Mail: presse@gruene.ltsh.de

Internet: www.sh-gruene.de

Was nun, meine Herren?

Letzte Woche gab es eine bemerkenswerte Pressekonferenz zur Finanzlage des Landes. Jahrelang hat die CDU die Finanzprobleme geleugnet und den mangelnde Sparwillen der alten Landesregierung gegeißelt. Jahrelang hatte die CDU den Menschen im Lande das Blaue vom Himmel versprochen. Nun plötzlich ist das alles nicht mehr wahr.

Da fragen wir uns allerdings, was der Finanzminister angesichts der dramatischen Finanzlage zu tun gedenkt. Dabei sind mir folgende Sätze aufgefallen: „Da die Personalkosten die größten Ausgabeposten darstellen, wird der Finanzminister noch vor der Sommerpause ein Personaleinsparungskonzept vorlegen“ und „Um den Haushalt nachhaltig zu entlasten, wird die Landesregierung noch in diesem Jahr eine umfassende Aufgabenanalyse durchführen...“. Aus der Analyse sollen konkrete Maßnahmen für eine Verwaltungsmodernisierung, Entbürokratisierung und Verwaltungsstrukturreform gewonnen werden, die bereits 2006 umgesetzt werden können und damit bereits im Haushalt 2007/08 zu Entlastungen führen.“

Nach unserer Analyse liegt das größte Einsparpotential in einer Verwaltungsstrukturreform, die sowohl die Landes- wie auch die Kommunalbehörden mit einbezieht. Der Anteil der Beschäftigten bei den Kommunen liegt in Schleswig-Holstein um 10 Prozent über dem Durchschnitt aller Flächenländer und um 20 Prozent, wenn wir uns an der Spitze orientieren.

Die IHK hat deshalb bereits mehrfach eine Kreis- und Kommunalreform gefordert. Der Koalitionsvertrag war dagegen eine Enttäuschung. Die von rot-grün geplanten mutigen Reformen wurden aus Angst vor der kommunalen Basis der CDU gekippt, und es ist nur noch von freiwilligen Maßnahmen die Rede.

Statt dessen ist die Rede von vier bis fünf Dienstleistungszentren. Die Landräte der Kreise Segeberg, Pinneberg, Steinburg und Dithmarschen haben bereits erste Gespräche über einen Regionalkreis Unterelbe geführt.

Angesichts dieser Situation frage ich die zuständigen Minister, den Finanzminister Wiegand und den Innenminister Stegner und den Oberverwaltungsreformkoordinatorer Spezialstaatssekretär Schlie: Was soll denn nun tatsächlich passieren?

Sie wollen bei den sozialen Einrichtungen im Lande kürzen. Sie haben angekündigt, die Umweltabgaben zweckentfremdet zu verwenden, obwohl die CDU immer das Gegenteil gefordert hat. Der jetzige Ministerpräsident hat im Wahlkampf erzählt, er wolle 2600 Beamte in den Landesverwaltungen einsparen.

Niemand im Lande wird es verstehen, wenn nun alle Wahlversprechen einkassiert werden, wenn bei allen gesellschaftlichen Gruppen eingespart wird, wenn aber zugleich die große Koalition keine Verwaltungsstrukturreform hinbekommt, weil ihre Landräte und Kommunalos maulen.

Deswegen haben wir diesen Antrag gestellt. Jetzt muss es losgehen. Wenn sie die große Verwaltungsstrukturreform 2006 durchführen wollen, dann muss dieser Prozess dringend koordiniert werden. Es wäre unsinnig, wenn sich jetzt die Kreise nach dem Zufallsprinzip zusammenschließen würden und am Schluss einige Kreise übrig blieben würden. Es bedarf einer landesweiten Koordinierung dieses Prozesses.

Deshalb schlage ich die Bildung einer Arbeitsgruppe vor, an der sowohl die Landesregierung, das Parlament wie auch die Kreise und kreisfreien Städte beteiligt werden. Bei den Kriterien, nach denen die Regionenbildung in Schleswig-Holstein vonstatten gegen soll, habe ich mich an dem schwarz-roten Koalitionsvertrag orientiert, um den Regierungsfractionen die Zustimmung zu unserem Antrag zu erleichtern.

Jetzt müssen Sie sich nur noch entscheiden, was sie tun wollen. Und tun sie es rasch – die Probleme des Landes erlauben es nicht, sie auf die lange Bank zu schieben. Das Grinsen des Ministerpräsidenten wird die Probleme nicht lösen. Es lässt sich nicht monetär verwerten.
